

Roman Deckert und Anja Wollenberg

Wählen gehen

Erfahrungsberichte aus dem Sudan und dem Irak

Erstveröffentlicht in: polar Nr. 7, Herbst 2009, S. 100-107

Die zeitliche Begrenzung von Regierungstätigkeit und die periodische Durchführung von freien und fairen Wahlen sind Kernelemente der Volkssouveränität in demokratischen Gesellschaften. In Wahlzeiten werben konkurrierende Parteien im politischen Wettstreit um die Gunst der Bürger, Wahlkampf und Wahlen verlaufen dabei nach eingespielten Mustern, die vor allem und zunehmend von den Öffentlichkeitsprofis der Parteien geprägt sind. In Krisenregionen dahingegen und Länder mit fragiler Staatlichkeit werden Wahlen gefürchtet als Auslöser von Unruhen und Instabilität. Auch die Zulassung der Parteien und der Wahlkampf selbst verlaufen nach gänzlich anderen, manchmal undemokratischen Mustern.

Wahl-O-Mat für den Sudan

Im April 2010 soll es im Sudan erstmals seit rund einem Vierteljahrhundert freie Wahlen geben. Dies ist grundsätzlich eine gute Nachricht aus einem Land, aus dem sonst fast nur Schreckensmeldungen dringen. Tatsächlich ist der Sudan ein Land der Extreme: politisch, sozial, klimatisch und geographisch. Der größte Flächenstaat Afrikas ist eines der heterogensten und komplexesten Länder der Welt mit Hunderten Ethnien und Sprachen. Seit der Unabhängigkeit von der anglo-ägyptischen Kolonialmacht im Jahr 1956 hat die Bevölkerung unter einer chronischen und multidimensionalen Konfliktlage gelitten. Die Bezeichnung „failed state“ ist trotzdem missverständlich, da der Staat bis auf wenige Gebiete noch nie wirklich funktioniert hat, schon allein aufgrund der riesigen Weiten, die das Land kaum regierbar machen. Auch Samuel Huntingtons Charakterisierung

des Sudans als Paradebeispiel für den „Clash of Civilizations“ ist unpräzise. Denn so vielfältig die Probleme des Sudans sind, so lässt sich ihre Hauptursache doch auf eine einfache Formel bringen: die politische und wirtschaftliche Marginalisierung der Peripherien gegenüber den Zentren, vor allem der Hauptstadt Khartoum und der Süd-Hauptstadt Juba.

Die nun angesetzten Wahlen sind ein zentraler Bestandteil des Comprehensive Peace Agreement (CPA), das 2005 unter kenianischer Vermittlung zwischen der Regierung von Präsident Omar al-Bashir und den Rebellen der Sudan People's Liberation Army (SPLA) unter Dr. John Garang abgeschlossen wurde. Es beendete einen Bürgerkrieg, der 1983 im Süden ausgebrochen war und sich in der Folge auch auf nordsudanesischen Gebiete ausweitete, insbesondere die Nubaberge und den Osten. Geschätzte zwei Millionen Menschen verloren ihr Leben in dem Krieg, der nicht zuletzt mit west- wie ostdeutschen Kleinwaffen geführt wurde. Zwar wurde das CPA dafür kritisiert, dass es unter Ausschluss der anderen politischen Kräfte des Landes verhandelt und marginalisierte Gruppen in der Westregion Darfur dies zum Anlass für eine verheerende Rebellion nahmen. Es ist jedoch unbestritten, dass das CPA die einzige Chance für einen dauerhaften Frieden im Sudan ist.

Die Rahmenbedingungen für die Wahlen sind überaus schwierig. Laut CPA hätten sie spätestens im Juli 2009 stattfinden müssen. Infolge von Verzögerungen bei einer Volkszählung, der Einsetzung einer Wahlkommission, der Verabschiedung wichtiger Gesetze sowie der Regenzeit, die weite Teile des Landes unzugänglich macht, wurde das Datum jedoch mit Zustimmung der Vereinten Nationen verschoben. Zugleich steigen die Spannungen in der nationalen Einheitsregierung zwischen der National Congress Party (NCP) von Präsident Bashir und dem Sudan People's Liberation Movement (SPLM) unter Salva Kiir, dem Nachfolger des unter mysteriösen Umständen tödlich verunglückten Garang. Im Süden ist es seit Anfang 2009 zu heftigen Kämpfen entlang ethnischer Linien mit Hunderten Toten gekommen. Auch in den Nubabergen, der umstrittenen Region Abyei und dem Osten wachsen die Erwartungen an Friedensdividenden. Die politische Gesamtlage wird überschattet von dem Strafbefehl, den der Internationale

Strafgerichtshof gegen Bashir verhängt hat. In Darfur hält derweil die Zersplitterung der Aufständischen an, so dass die Wahlen dort aller Wahrscheinlichkeit nicht abgehalten werden können.

2011 soll gemäß CPA im Süden ein Referendum stattfinden über die Frage, ob der Süden ein autonomer Bestandteil des Sudans bleiben oder seine Unabhängigkeit erlangen wird. Vor diesem Hintergrund sind die geplanten Wahlen von entscheidender Bedeutung über Krieg oder Frieden. Um dem Referendum mit ausreichender Legitimierung den Weg zu bereiten, müssen sie so transparent wie möglich sein. Tatsächlich gibt es im Sudan durchaus starke zivilgesellschaftliche Strukturen. Viele etablierte Parteien haben sich allerdings durch schlechte Regierungsführung während der demokratischen Regimephasen diskreditiert, wohingegen die NCP neben dem Frieden im Süden auch wirtschaftliche Erfolge vorweisen kann. Nach über einem Jahrzehnt der Illegalität verfügen sie zudem nicht über die Ressourcen für landesweite Kampagnen.

An dieser Stelle setzt ein „Voter Education“-Projekt an, das MICT mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und dem Institute for Peace Research der Universität Khartoum verwirklicht hat: der Electionnaire Sudan, ein Internet-Tool, das wie der deutsche Wahl-O-Mat die Positionen der Parteien mit denen der User vergleicht. Um einen besseren Überblick zu bieten, beinhaltet www.electionnaire.org Hintergrundtexte zu den Parteiprofilen und den debattierten Sachfragen sowie Zugang zu den Texten von CPA, Verfassungen und wahlrelevanten Gesetzen. Ein deutsch-sudanesisches Team erstellte zunächst im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Gruppen aus dem gesamten Spektrum wie auch mit „einfachen Menschen auf der Straße“ eine Liste mit den wichtigsten Debatten des Landes. Dabei gab es nur wenige Tabus wie etwa den Strafbefehl gegen den Präsidenten und die Rolle der Geheimdienste. Dieser Fragenkatalog wurde anschließend den fünfzehn wichtigsten Parteien vorgelegt. Hier stellte sich schnell heraus, dass es nicht nur um Wähler-Aufklärung geht, sondern auch um „Party Education“. Denn die meisten Parteivertreter beantworteten den Questionnaire erst nach internen Beratungen zur Klärung ihrer eigenen Positionen.

Der Electionnaire soll also die potentiellen Wähler und Wählerinnen zum Überdenken ihrer Loyalitäten angeregt werden. Zwar haben im Sudan nur geschätzte sechs Prozent der Bevölkerung Zugang zum Internet und im Süden noch sehr viel weniger. Alle sudanesischen Partner auf Seiten Zivilgesellschaften haben jedoch das Konzept begrüßt als einen Transparenz schaffenden Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung und damit zur Förderung der demokratischen Kultur des Landes. Die Parteien haben sich zumindest vordergründig positiv zu dem Vorhaben geäußert. Auch wenn sie sich um ihre traditionelle Klientel sorgen, sehen sie gerade mit Blick auf Barack Obamas erfolgreiche Kampagne die Chancen der neuen Informationstechnologien für die Mobilisierung der Wählerschaft.

Im Laufe der Befragung zeigte sich, dass nur die wenigsten Parteien ein ausdifferenziertes Wahlprogramm haben. Darüber hinaus wurde klar, dass viele der fünfzehn befragten Parteien sich in ihren Haltungen nur wenig von einander unterscheiden. Es ist davon auszugehen, dass das auch insgesamt auf die rund fünfzig Parteien zutrifft, die zu den Wahlen zugelassen wurden. Dies zeigt das Ausmaß der politischen Zersplitterung, da die Opposition unter programmatischen Gesichtspunkten ihre Kräfte bündeln könnte. In der Vergangenheit bestimmte meist die Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe die Entscheidung an der Urne. Und noch immer werden die politischen Debatten werden viel mehr durch Führungspersonlichkeiten geprägt als durch detaillierte Sachfragen. Die gesellschaftlichen Umbrüche haben die traditionellen Wählerbindungen aber teilweise aufgebrochen. Die entscheidende Frage ist daher, ob sich eine neue Generation von Sudanese und Sudanese stärker an thematischen Aspekten orientieren wird.

Election Coverage Network für den Irak

Seit dem Sturz des Saddam-Regimes und Besetzung des Landes durch die amerikanisch geführte Koalition westlicher Truppen im April 2003 hat der Irak immer neue Wellen von Gewalteskalation, Zerfall und Desintegration durchlaufen. Als Meilensteine auf dem Weg zum failing state zählen die Besetzung des Regierungsrat nach ethno-konfessionellen Merkmalen, Auflösung der irakischen Armee unmittelbar nach Besetzung, Isolation der sunnitischen

Minderheit durch umfangreiche Maßnahmen der De-Baathifizierung sowie Wahlen im Januar 2005, die von den sunnitischen Parteien boykottiert wurden und die damit den Ausschluss der Sunniten aus dem politischen Prozess besiegelten. Mit der Marginalisierung der ehemals führenden Eliten trat an die Stelle einer möglichen Versöhnung zwischen Sunniten und Schiiten ein erbitterter Bürgerkrieg, der in rasender Geschwindigkeit an Komplexität gewann. Es folgten ethnisch-konfessionelle Reinigungen in Bagdad, zahllose Niederlagen amerikanischer Truppen im Kampf gegen Widerstandsgruppen und Al Qaida, Verlust des staatlichen Gewaltmonopols und Abbruch staatlicher Versorgungsleistungen – um nur einige Stationen des Niedergangs zu nennen.

Doch die Abwärtsspirale dreht sich heute nicht mehr. Viele Fehler der Amerikaner aus der Zeit der Coalition Provisional Authority (CPA) unter Führung von Paul Bremer konnten durch die irakische Regierung korrigiert werden, namentlich der Ausschluss der Sunniten aus dem politischen Prozess. Gleichzeitig hat sich die Sicherheitslage vor allem in Bagdad und den umliegenden Provinzen infolge einer konzertierten Initiative der Stämme in Zentralirak seit Ende 2007 sichtbar gebessert. Vorsichtiger Optimismus dominiert seitdem die Stimmung unter Politikern und Bürgern.

Im Kontext dieser als „Wende“ empfundenen Periode haben die irakischen Bürger am 31. Januar 2009 Provinzräte in 14 von 18 irakischen Provinzen gewählt.

Im Vorfeld der Regionalwahlen hat MICT mit irakischen Radiostationen und Journalisten ein Netzwerk für Wahlberichterstattung gegründet – Election Coverage Network (ECN). Dieses Netzwerk sollte als Produktions- und Lerngemeinschaft operieren. Ziel war eine landesweite Versorgung der irakischen Bürger mit qualitativ hochwertigen Informationen und Hintergründen zur anstehenden Wahl. Um Qualität zu gewährleisten sollten die Journalisten während der Produktion von Experten betreut werden. Weil die irakische Medienlandschaft fragmentiert und von politischen Bündnissen und Besitzverhältnissen durchdrungen ist, sollten Sender aus allen Teilen des Landes und aus allen Segmenten des politischen Spektrums vertreten sein. Damit sollten auch Möglichkeiten der Diplomatie in der Zusammenarbeit eröffnet werden.

Die Umsetzung des Projektes erfolgte über einen Zeitraum von 6 Monaten vor, während und nach den Wahlen. Im Profil der 12 teilnehmenden Sender spiegeln sich sowohl ethno-konfessionelle Vielfalt als auch Komplexität der politischen Konflikte. Vertreten waren sunnitische und schiitische Sender, islamistische und säkuläre, staatliche und private sowie kommerziell und kulturell ausgerichtete Medienhäuser. Sender und Journalisten produzierten täglich 3-5minütigen Radioberichte, die – nach Durchlaufen eines redaktionellen Prozess – den Radiostationen als Materialpool über eine geschützte Internetseite zur Verfügung gestellt wurden. Die teilnehmenden Radiostationen übernahmen täglich mindestens einen der Beiträge zur Ausstrahlung in ihr Programm. Themen wurden gemeinsam zwischen Irak und Berlin entwickelt. Die Autoren der Beiträge erhielten Rückmeldung über Stärken und Schwächen ihrer Arbeit von Experten. Soweit so gut.

In der Auswertung des Projektes hat uns rückblickend vor allem das Ausbleiben politischer Spannungen überrascht. Wie oben dargestellt war durch die politischen Hintergründe der Teilnehmenden Radiostationen gebündeltes Konfliktpotential im Projekt vertreten. Doch das Zusammentreffen der Redakteure und Journalisten auf einem Workshop in Erbil sowie auch die Zusammenarbeit im Netzwerk waren geprägt von gegenseitigem Respekt und einer fast uneingeschränkten Wertschätzung von Pluralismus in allen seinen Erscheinungsformen.

Als problematisch dahingegen erwies sich die gemeinsame Auswahl von Themen. Während in der Konzeption des Projektes die politische Profilierung der Parteien im Wahlkampf als zentrales Thema der Berichterstattung platziert worden war, wurde dieses Themenfeld von den Journalisten und Autoren der Beiträge systematisch gemieden. Gemieden wurden dabei nicht kontroverse oder schwierige Themen sondern Fragestellungen, die sich auf die politischen Programme der zur Wahl stehenden Parteien bezogen. Diese Vermeidungshaltung wurde unserer Wahrnehmung nach aus zwei Quellen gespeist: einerseits entwickeln irakische Parteien keine Parteiprogramme, die dann dem Wahlkampf zugrunde gelegt werden. Andererseits fehlt den Journalisten selbst auch der Sinn für diese Form politischer Berichterstattung, in der Unterschiede zwischen Parteien nicht als ethno-konfessionelle sondern als politische Unterschiede markiert sind. Bevorzugt wurden stattdessen Stimmungs-

und Meinungsbilder unter den Bürger sowie Themen, die sich auf den Prozess der Vorbereitung zu den Wahlen selbst bezogen: Ausschluss von Kirkuk aus den Wahlen, Debatte um kontroverse Artikel im Wahlgesetz, Einsatz von Wahlbeobachtern und Schutzmaßnahmen gegen Wahlbetrug, Zusammensetzung und Rolle der Wahlkommission, Frauenquote, Durchsetzung von Sicherheit für den Wahltag..... Versuche von unserer Seite eine zusätzliche Orientierung auf politische Inhalte der zur Wahl stehenden Parteien zu forcieren stießen auf Unverständnis und blieben auch erfolglos.

Die Wahlen wurden zu einem überwältigenden Erfolg der DAWA Partei des Premierministers Nouri Al Maliki. In 10 von 14 Provinzen gewann die Liste der DAWA Partei die meisten Sitze, darunter auch Provinzen, in denen bisher konkurrierende Parteien wie die SIIC an die Macht gewählt worden waren. Beobachter sehen vor allem die verbesserte Sicherheits- und Versorgungslage als Grund für den Zuspruch der Bevölkerung zur Regierungspolitik. Zudem hatte Nouri Al Maliki sich zuletzt als Staatsmann gezeigt, der für einen zentralistischen (nicht-föderalen) Irak wirbt und der als Schiite auch gegen Schiiten vorgeht, wenn es dem Gemeinwohl dient. Die in diesem Zusammenhang entscheidende Offensive der Regierung gegen die Mahdi-Army in Basra Anfang 2007 wurde von der irakischen Öffentlichkeit als Abkehr von ethno-konfessioneller Solidarität wahrgenommen und positiv bewertet.

Im Wahlverhalten der Bürger spiegelt sich offensichtlich ein Bruch mit der bisher gültigen Gleichung, im Irak werde nach ethno-konfessionellen Mechanismen gewählt wird und entsprechend politische Leistungen kaum ins Gewicht fallen. Die Bürger sind damit sowohl den Parteien als auch den Medien in Sachen Demokratie einen Schritt voraus.